

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

254 (29.10.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434774](#)

gesetzgebungen, die die Regierung daraus sehr gefreut hat. Solange der Reichskanzler bei der Schlußberatung unterstellt ist, so ist auf dem Gebiete des auswärtigen Politik keine Macht. Der Kanzler begann mit einer Erinnerung an den Abschluß von Spa und erklärte, daß wir militärisch unangreifbar, politisch hilflos und wirtschaftlich mit demjenigen Leben einzigen müssten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die von Deutschland im politisch-öffentlichen Kriege gewährte Neutralität uns endgültig daran hemmen werde, zum Schlußvertrag für andere Missionen zu werden. Dieser Erfolg sei um so besser einzuführen, als wir durch den Vertrag von Versailles an eine Gewinnungsfähigkeit der auswärtigen Politik gebunden waren, gegen die man wohl große Worte machen könnte, die später noch niemand hören möchte. Die Deutschen sagten, sie hätten gute Worte, die ganz deutlich eine Antwort auf genügend Recht aus dem deutschnationalen Parteileben in Hannover seien sollten, und wir hörten, wie demokratische Parteileben in dem Kanzler gegen die Politik der Entente wandte und vorwies, daß es keinen deutschen Ministerpräsident mehr gebe. Das bewußten die Unabhängigen beiden Komitees zu einem Gespräch und der Kanzler ging kurz auf die Erneuerung und die Polenfrage ein. Er erinnerte an die Muster der Opposition und stellte fest, daß mit Fortsetzung der bisherigen Methoden Frankfurt die leichte Hoffnung auf eine Reparationssumme aufzuteilen. Ganz kurz und knapp waren die Worte über Österreich. Der Kanzler merkte wiederholte, daß ein Gesetzesentwurf in Vorberatung sei, aus seinen Worten ging noch nichts darüber aus, ob aus der kurzen amtlichen Meldung her, daß es bis zur nächsten Gesetzesverabschiedung handeln könne, das die unbedingte Recht der Abstimmung nach dem Artikel 18 für die österreichische Bodenförderung steht. Der Kanzler warnte davon, daß man die Gründungsnotabilität der Regierung, die eine Erfüllung der alten Befreiung sei, zur Aufrechterhaltung der Bodenförderung ausnütze. Am Ende kam der Kanzler dann die Folgerungen aus dem traumtigen Bild der deutschen politischen und wirtschaftlichen Lage so, daß er zunächst sehr deutliche und bestimmt Worte gegen die Fortsetzung der hochschwieligen Agitation in Deutschland. Er stellte mit einanderreicher Deutlichkeit fest, daß jedes Anstrengung, der deutsches Interesse sich aufzuheben, des deutschen Rechts stünde. Nur zufällige Agitation sei läufig in Deutschland kein Werk mehr. Die Darstellung der profitären Motive, die die deutsche Regierung zu erzielen gedenkt, überließ der Kompli im einzelnen den Hochministern. Er ging nur nach mindestens wenigen Worten auf die Sozialisierung des Rohstoffbergbaus ein, um festzustellen, daß die Regierung die Untersuchungen des Sozialversicherungsausschusses und der Auswirkungen des Reichsversicherungsausschusses bei der Feststellung des Reichenkursturz verhindern würde. Er sprach, daß die Bohren aus Reichssägen in den betroffenen Gebieten nach Möglichkeit mit den preußischen Wahlen zusammengelegt werden sollten. Die Seite kann in einer optimistischen Worte über die Entwicklung der letzten deutschen Front aus. Das kann das, was die dauernd raus vom Monstrum abgeschleuderte Rede des Kanzlers mit wenig Unterbrechungen voll eingesogenen hatte, leicht noch mehr. Er sprach, daß es der Reichskommissar dann das Wort zu einer langen Fortsetzung der deutschen Finanzlage nahm.

Nach dem Geschäftstermin sprech der Reichskommissar Brix. Er führt u. a. aus: Die Schulden und Deutschlands Leben seien heute aus folgenden Verträgen zusammen: Hunderttausend 91 Milliarden, laufende Schulden 197,3 Milliarden, darunter distanzierte Schatzentnahmen 188 Milliarden, Saldungserreichungen mit Schatzabnahmen 11,3 Milliarden, dazu kommen die Aufwendungen des Reiches gegen § 59 des Steuergesetzes mit 145 Milliarden. Das sind zusammen 269,3 Milliarden. Darausgenommen ist noch der zu verantwördige Betrag der Eisenbahnen mit 25 Milliarden, also alles zusammen ergeben 288 Milliarden beträgt heutz die Schulde des Reiches. Bei den 67 Milliarden Verbindlichkeiten steht schon in die schreckende Schulde übergegangen und werden momentan bis Ende dieses Jahres noch 30 Milliarden hinzukommen. Doch nicht genug sind die für die Erhöhung der Rentenverschärfung, Ausgaben älter, benötigten Milliarden. Mit Ende des Gedächtnissches wird sich die Schulde um etwa 40 Milliarden Mark erhöhen. Entsprechend der Entwicklung des Geldes war der Bedarf des Reichs im größeren Maße gestiegen. Der Haushaltsumlauf gibt ein Bild der daraus folgenden Lage des Reiches. Er gliedert sich in drei schaue Teile: einen eigentlichen Haushalt im engeren Sinne, einen Haushalt des Friedensvertrages und einen Haushalt der Beziehungsverbindungen. Der Haushalt in engerem Sinne erfordert an ordentlichen Ausgaben 39,9 Milliarden. Räumlich der Überseeungen an die Länder stellt sich der Bedarf des Reiches auf 30,4 Milliarden Mark. Zu Kosten des Krieges sind angenommen 19,7 Milliarden anzusetzen. Das uns aufgewandte Südmoratorium stellt die so notwendigen Sparmaßnahmen direkt entgegen. Ein Haushalt ist sparhafter als ein Südmoratorium. In der Vergangenheit betrugen die Gesamtausgaben für einen Soldaten 1200 Mark, gegenwärtig 24 600 Mark. Wenn die Ausgaben eines Reichsbeamten heute wohl das Zehnfache der Ausgaben betragen, so ist das Zeigen der Ausgaben des Reichshaushaltes in demselben Maßstabe nicht unzumutbar. Die überordentlichen Ausgaben des engen Haushalts gelten einen Bedarf von 11,2 Milliarden Mark, darunter für Personalausgaben und 4 Milliarden Mark. In wenigen Tagen wird Ihnen die erste Denkschrift über diese Abschließungshäufigkeit auferlegen. Wir scheuen keine Kontrolle. Die Ausgaben für außerordentliche Ereignisse (1,7 Milliarden Mark), für Wohnungsbau, Exportförderungsmaßnahmen usw. 8 Milliarden Mark werden im nächsten Jahr höchstens vermehrt, zum Teil ganz wegfallen. Dafür werden die Ausgaben für Gewerbeabstimmungen, Wohnungsbaus usw. erheblich steigen. Nun zu den Einnahmen, den Steuererträgen. Am fortlaufenden Steuerausgaben stehen 304 Milliarden Mark aufzutreten, an einem möglichen 4,5 Milliarden, insgesamt 329 Milliarden, so daß sich ein Ausgleich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben aus dem Papier ergibt. Das Aufkommen der Einnahmensteuer ist auf 12,9 Milliarden Mark heraufgesetzt. Von der Entwicklung der Einnahmen im nächsten Jahre hängt die Frage der Belebung, neue Steuern wesentlich ab.

Berechnung neuer Steuern befreit sei.

41 Milliarden Mark sind aus der Durchführung des Friedensvertrages und an Kosten der Okkupation erforderlich, (bekanntes Hört, Hört!) Mit aller Ernsthaerkeit muß gelobt werden: Solche Belastungen kann kein Staat ertragen. Es gibt keinen Finanzminister in der Welt, der sich anstrengt machen möchte, diese großen Summen neben dem Inlandbedarf durch Steuern aufzubringen. Es handelt sich hier um eine glatte Unmöglichkeit. Nach dem Vorstoss des Friedensvertrages soll die Belastung Deutschlands sich nach seiner Belebungsfähigkeit richten. Doch weist man noch nicht einmal, ob die eingesetzten 15 Milliarden für die Okkupation wirklich ausreichen. So gewisse Röntgenbilder wie diese Summe noch um viele Millionen erhöht. Es ist nicht notwendig, doch man ein darunter harten Bod nur darum trügt. (Sehr gut!) Darum werden wir alles daran lehnen, um und gegen dieses erschreckende Schicksal zu treiben und es zu verhindern verschaffen. Wirtschaftliche Ausniedrigungen, die und von neuem mit Hunderten von Millionen belasten, müssen da unbedingt aufgeschoben werden. Der Weg zur Erfordnung der Reparationsfinanzen kann bloß über die Außenanderstellung bezüglich der Wiedergutmachung führen. Die Herstellung des dritten Staats des Reichsstaates der Betriebsvereinigungen hat sich immer wieder bewiesen. Die Post wechselt mit einem Schleifchen von 2 Milliarden Mark, die Eisenbahn mit einem Schleifchen von 16 Milliarden Mark, zu konzentrieren alle 18 Milliarden Mark. Solche Verhältnisse dürfen

nicht längen erscheinen. Die Betriebsverwaltungen wüssten nicht länger einzuhören und in obigeschriebener Weise wieder Mehrvermögen abzuverneien. Doch der Staat über überwacht unsfug sei zur Wirtschaftsführung größerer Betriebe, doch ist aus diesen Bitten nichts mehr zu erwarten. Die Gründe sind einmal die außerordentliche kleine Kapazitätsausnutzung der Betriebsverwaltungen während des Krieges. Der andere Grund liegt darin, daß die Betriebsverwaltungen in ihrer Kreislaufzeit nicht gleichen Schritt gehalten haben mit der Goldentwertung. Wenn Volt und Eisenbahn ihre Preise nach der Erhöhung hätten oder hätten erhöhen können wie die Industrie und besonders die Schwerindustrie, wenn auch in diesen kaotischen Betrieben das W. 30- bis 40prozentige des Preisniveaus angefordert wäre, würde möglicherweise im Delikt bestehen sein, sondern die Betriebsverwaltungen würden im Gelde schwimmen können. (Sehr richtig!) Sie würden die besten Stücke der Fleischkannen. Die Privatindustrie steht gegenwärtig überflüssigen Arbeitskräften. Die Betriebsverwaltungen müssen dagegen Aufschluß auch auf sozialpolitische Geister erfragen und zum Beispiel auf Verminderung der Arbeitslosigkeit Kräfte beschaffen, die für den Betrieb nicht notwendig sind. Eine solche Politik scheint mir verdeckt zu sein. Ein solcher und schädigender psychologischer Wirkungen. (Sehr wohl!) Darausher leiden die Betriebsverwaltungen außerordentlich an der schematischen Durchführung des Absatzhandels u. g. e. (Bessere Zustimmung z. e. s.) Es muß zum mindesten gefordert werden, daß wenigstens acht Stunden gearbeitet wird, nicht bloß eine Abneigung von drei Stunden. (Sehr wohl!) Das ist um so notwendiger, als von den Schwerarbeitern im Proseguo nicht bloß eine fleißigmäßige Anstrengung, sondern wirkliche Arbeit gefordert wird. Bei der Volt dürfen Pausenabzügen nicht mehr gemacht werden, weil doch meine Kollegen bei Volt und Eisenbahn sich mit aller Energie der Reform ihrer Verwaltung unterzulegen werden. Bei dem Bedürfnis des Haushalts kann die Steuererhebung noch nicht als obgeschafften gelten. Die Sorgen werden nicht kleinen, sondern größer. Die wichtigste Aufgabe meines Rates ist aber nicht, Ihnen heute schon viele neue Steuergesetze auf den Tisch zu legen, sondern die Durchführung der bestehenden Steuergesetze energetisch zu betreiben. (Sehr richtig!) Sonst seien die Einnahmen nur auf dem Papier. Diese Aufgabe ist überall langsam und doppelt schwer in einer Zeit, wo alles aus den Augen gegangen ist.

Nach der Rede Welsch verzogte sich der Fleischkongress auf Donnerstag.

Pießerungsfreudige Landwirte.

Die Frankfurter Zeitung beschließt: In einem Rundschreiben an die Bundesregierungen weilt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft darum hin, daß die Lieferung von Brotketten im laufenden Wirtschaftsjahr noch rechtzeitiger Gewährung der Deutschen können als durchaus unbedingt erforderlich sei. Die Lieferung habe bestanden in den letzten Wochen außerordentlich nachgelassen. Der Unterschied gegenüber der Abfertigungskraft der beiden Vorjahre sei zu groß, als die Veranlagung begründet erscheine, die Landwirtschaft halte mit der Abfertigung offiziell nicht aus und sie gebe ihre Vorläufe an dem Schleißheimer ab. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erachtet die Bundesregierungen auf die Vollständigkeit eingewilligt, doch hat die Landwirtschaft vor Abfertigung ihrer Vorläufe gehalten und ihr die strengste Durchführung der bestehenden Vorschriften eingeschärft.

Der Fall Augustin.

Der Stadtschreiber, im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Hamm, gibt zu dem Fall Augustin folgende Erklärung:

Der erste Geschäftsführer der Auerbach-Gesellschaft, Herr Karl Sieber, der bislang in Hamburg war, wo er ein eigenes Reihenhaus betreibt, kam am 7. Mai D. J. an mir und sagte mit: „Ich habe festgestellt, daß die Auerbacher Gesellschaft nach dem Landwirtschaftsministerium mit Gelt bestimmt hat, um die Auerbachers der Reichs-Gesellschaft gefangen zu machen. Ich halte es für mein Pflicht, Ihnen, als dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, diesen Mitteilung zu machen.“ Ich erklärte darauf Herrn Sieber: „Um Gottessegen, so etwas morden wir unter keinen Umständen!“ Dann gab ich mir um Hamm und Augustin zu handeln, und für diese beiden Herren legt ich die Hand ins Feuer. Diese beiden haben sicherlich nichts getanommen.“ Sieber erwiderte: „Neben Sieber auch in der Amt für Frei Handel Augustin bei angenommen.“ Ich fragte: „Wem? Hermann?“ Sieber erwiderte: „Ja, muss ich ja.“ Ich erklärte darauf, unter keinen Umständen bleibe ich der Gesellschaft, solange ich Mitglied des Aufsichtsrates bin, bei Betriebsverhältnisse unternehmen, die hier auf verdeckt mich liefern. Ein gleiches Augenblick reichte ich einem vertraulichen Brief an Hermann. Woher kam mir das? D. O. Hamm gab mir und sagte mit: „Dann kann Augustin fort!“ Es kam dann noch ein Auftrag von Hamm. Zunächst habe ich gesagt, daß ich mir und fragte, ob ich nicht in dem Fall Augustin Hilfe wünschen lassen wollte. Ich erwiderte: „Nein, ich kann doch Augustin nicht helfen.“ Es kam noch ein Auftrag, daß auch Hermann schmeizig in den Reichslandwirtschaftsministerium unterschreiten und legt ganz beladen vor. Wer berechtigt die diese Befreiung einzuholen, schon bestellt, will sie dem Stand des Sandowvereins angehören. Die freiliche Verbreitungserlaubnis habe ich grundsätzlich eine keine Weise gewahrt. Das heißt, ich bin noch kein Beamter entlassen, die dem Stand des Sandowvereins entzogen werden. Wenn die Entlassung von Augustin nicht erfolgt, dann sehe ich mich veranlaßt, die ganzen Sachen mit meiner Kammerkollegie zu veröffentlichen.“ Hier ist fünf Tage nach dieser laufenden auch noch Augustin selbst zu mir und hat mich übergebracht, daß die Affäre nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Es erfolgte

Von: Max Paulsen

Dominien für Siedlungs Zwecke.

Im Hauptauskuch des Preußischen Landesversammlung wurde der Entwurf der preußischen Rentenversicherungsanstalt angenommen. Darauf wurde sich der Auskuch der Gesamtheit des Reichs der Domänenverwaltung zu. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage der Jurisdicition des von Seide befreit für Rentenversicherung in Betracht genommenen preußischen Domänen. Von Sonderverwaltungsbeamter wurde erklärt, daß bis zum 1. April 1921 ungefähr 14 000 Hektar jurisdicirt werden müssen. 1920 befahl das Reichsdomänenministerium für Rentenversicherung zu verhältnisse. Von sozialpolitischer Seite wurde leidlich gefordert, daß das Sonderverwaltungsamt nicht auch diese Flächen jurisdicire, die zur gleichzeitigen Verwaltung und zu einem großen Teil für Siedlungsverschaffung freigegeben. Die Anträge gegen den preußischen Sonderverwaltungsminister Braun, der eine entsprechende Seite gegen ihn erhoben hatte, sind also wiederum widerlegt. Von sozialpolitischer Seite wurde ferner leidlich gefordert, daß Rentenversicherung und Eindeutigkeitsbestimmung an der Nord- und Südroute mehr als 1000 ha zu liefern. Dies handelt es sich um weit flächige fruchtbare Ländereien und um die Wechselwirkungen zwischen Arbeitseinsatz bei produktiver Arbeit, Ertrag der Landwirtschaft des Staates wie auch des Finanzministeriums keine Einwilligung geben. Interessant waren die Befreiungen

einiger Domänen, die unter erheblichen Unruhen in weite bewirtschaftung genommen wurden und noch hunger bedürftige Bevölkerungsmasse zeigten. — Darauf wurden die Beratungen verstopt.

Politische Rundschau.

Etwieiter Zahlungsleistung der Gewerbe- und Kaufmannschaft. Der Reichstag nahm die Beförderung, die die Zahlungsleistungsfähigkeiten der Gewerbegebiets und des Kaufmannschaftsgebietes von 15 000 Millionen auf 20 000 Mark erhöht, am 2. Februar 1923 ein. Dieses Gesetz ist dem neuen Notkof für das Rechnungsjahr 1923 zu dienen die Monate November und Dezember umfasst.

Die Arbeitslosigkeit. Nach dem Reichsarbeitsamt gab es bereits seit Mitte September 788 980 männliche und weibliche Personen, die Arbeitslosenunterstützung bezogenen. Vor wenigen Wochen saßte man im Reichsarbeitsministerium die Zahl der Gewerbeleuten und der Bergarbeiter auf 3 Millionen Menschen. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug im Juli d. J. 1 118 000, aber noch im Juli betrug der Zugang 677 017. Auf je 1000 Bewohner kommen in Hamburg 56,31 Erwerbstöfe, in Sachsen 46,86, in Thüringen 19,68, in Meissen im Vogtland 24,92, in Wismars 36,7, in Gotha/Weimar 29,5, in Zwickau im Vogtland 20,8, in Delitzsch in Sachsen 19,6, in Leipzig 26,4, in Weissen 34,7, in Groß-Berlin 22,6, in Nürnberg 61,6 usw. Von den am 1. August gemeldeten Unternehmungsbetrieben waren länger als sechs Monate erwerbstätig in Hamburg 6774, in Berlin 4837, Württemberg 1529, in Schleswig-Holstein 1506. Von der Holzindustrie einer einzigen Großstadt waren am 7. August 1923 Arbeitnehmer ohne jede Arbeit und 14 108 waren als Kurzarbeiter in Trost-Berollsdorf tätig waren, um noch nach für die große Ausdehnung der Arbeitslosigkeit recht charakteristisches Beispiel anguführen, in einer Großstadt nur 989 Dolgarbeiter.

Milliardenstreit für ehemalige Ausgaben. Dem Reichstag ist ein Gesetzesentwurf vorgegangen, wonach das Reichsfinanzministerium zur Besteuerung ehemaliger außerordentlicher Ausgaben zur Verstärkung bereits genehmigter Maßnahmen 1,5 Milliarden der Mark im Wege des Kredits füllig machen will. Dazu kommen 4,7 Milliarden Mark zur Deckung des Fehlbetrags des Reichsfeindabfindes und 8 Milliarden Mark zur Erfüllung des Friedensvertrages, die ebenfalls auf dem Wege des Kredits füllig gemacht werden müssen. Wo ehemalige außerordentliche Ausgaben werden in Formwerte des Nachschubabfertigungsplans für 1930 im ganzen rund 50 Milliarden Mark angegeben. Ein Teil dieser Ausgaben, die am Beginn des Rechnungsjahres, also vom 1. April 1930, laufen, ist bereits im Kreditlinien beschafft worden.

Ein Ausflugsbetrieb. Das Arbeitsministerium Dr. Voigt hat auf eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Siebel, wann das Geley über die Einwendung nach ein bis zwei Betriebsvertragsmitten in den Aufzugsbau eingehen werden würde, folgendes geantwortet: Der Vorstand der Deutschen Ausflugsbahngesellschaft e. S. S. 70 des Vorstandes ist im Reichsarbeitsamt am 1. Februar 1919 eingetragen und wird in absehbarer Zeit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Polytechnische Museen. — *Wolltische* müssen, so
sich für rechts erklärt, 16 jährlich zu den Neumarktmessen
und bei etwa 5 Minuten die Sache noch unentschieden. — Die
föderale Wollzammer hat einstimmig, also auch mit den
Stimmen der Unionskollegen, die föderale Verfassung angenom-
men. — Im vergangenen Jahr sind in der Mark Brandenburg ein-
schließlich Berlin 79 000 Personen aus der ehemaligen Provinz
Brandenburg ausgetreten, ohne in einer anderen Stadt oder
Gemeinde einzutreten; allein auf Berlin entfallen hierzu
94 841 Einwohnerzurtheile.

Ans dem Lande.

-n. Hebbelwerken. Aus der Vorles. Am Sonntag des 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet in Himmelsreich das Weitere eine Parteidversammlung statt. Unter andern steht auf der Tagesordnung: Bericht vom Vortrag im Hofst. Der Ortsbeirat fordert von Rüttgen, Genosse Freidrich, wird den Beirat geben und erwartet der Vorstand einen politischen Besuch. Da die Gartensitzungen nocheinig verlegt sind, können sich die Mitglieder nicht mehr darauf berufen, daß sie keine Zeit hätten. Die Versammlung wird pünktlich 3 Uhr beginnen. Beginnen im spätesten um 6 Uhr beendet sein. Die Borele für die Delegierten des Wahlbezirkes auch am Sonntag also laufen: zur Versammlung in Himmelsreich!

- 9 - **Gedenkfeier.** Am Sonnabend den 30. Oktober, abends 8 Uhr, veranstalten sämtliche Vereine eine Gedenkfeier zu Ehren der Gefallenen im Weltkriege durch Theatralische Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen usw. in sämtlichen Lokalitäten in Rüdersdorfer Knipowitsch. Zum Schlusse einer kleinen Zeremonie lädt in die Halle des Denkmalfonds.

Der Überdruck zieht in die Höhe des Ventilators.
Jever. Brotdistribution. Der Abstand Y 399
Brot- und Weckorte berechnigt in der Zeit bis zum 31. d. J.
zum Bezug von 500 Gramm Brot.

jungen ein schönes
der Glanzen. Die Urfehde kommt wieder nach mehrfachen
wenden. Den Besitzer trifft großer Schaden, um so mehr, als
der Verdacht begründet ist, daß bei dem allgemeinen Widerstand
nichtsahnende Elemente, die beim Menschenleben des Unternehmens
nicht befähigten, die Gelegenheit benutzten, sich auf den
wertvolleren Gegenstand zu fessen. Es steht fest, daß der monatliche
Soden erheblichen Verlusten geflossen sind, die nicht dem Betrage zum Opfer
stehen, als der Größe eines herausfallenden Durchgangs
in einer ununterlegbaren Abrechnung. Vorbehaltlich solcher Verluste
ist das Unternehmen im Besitz des Betriebs, bestimmt von Rommel und Götz
bereits verhakt haben, die rechtzeitig die Befestigung
des Betriebes in die Wege geleitet haben, ob es

Unterfuersten mit dem Reichsfeld, es sei gleichzeitig, ob Buer oder auf der Straße umfassme, den Eintritt verhindern.
Rodenkirchen. Von Landrat. Auf der Straße
Blote konnne ein Deutscheschen, wonin 35 bis 30 Juden sitzen
waren. Die Rodenkirchische Speise wurde sofort beseitigt.
Hier war Ede und die Sothe konnte nicht über die Weier kontrolliert werden. Die Wemmetsche konnte bis auf
einer Schildzei an anderem übersehen lassen. Mit Blei u.
Wagen wurde das zum Teil noch brennende Holz nachgelegt
und so konnten die groben Wohn- und Wirtschaftsgebäude in
den Flammen beseitigt werden. Bei härtestem Wind, ohne
leichtere Unterbringung mit verbrannt. Es wäre erstaunlich, wenn
der Insel eine Speise held zur Hölle wäre, nur man weiß nicht
dort einmal kommt, in den meisten Fällen nicht wieder kann.
Werdenheim. Da pampferablieferung von der Kreis-
meist. Der am 20. Juni von Stadel gefahrene Schiffszug
300, der auf den Namen Würthel gekauft 1000 Tennen
Dampfer, musste am vergangenen Sonntag seine Reise und die
Liefersungsfahrt nach Domburg. Das Schiff wird, als
Reichspostdampfer nach dem Kriege, die Afrikafahrt ausführen.

aus aller Welt.

Räuberische Erpressung. In Koblenz drogen Männer, die amerikanische Uniform angelegt hatten, in Wechselfolge von Jendrosch ein, hielten den Geschäftsinhaber und seinem Sohn Rudolphe vor und raubten 172 000 Mark. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

